



Zeitpunkt der Veröffentlichung siehe

<https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/bekanntmachungen/index.html>

## Öffentliche Bekanntmachung von Bauleitplänen

**Wirksamwerden der 230. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP)  
nach § 6 Absatz 5 Baugesetzbuch (BauGB)**

**Arbeitstitel: "Volkhovener Straße" in Köln-Esch/Auweiler**

Der Rat hat in seiner Sitzung am 7. September 2023 folgende Änderung des Flächennutzungsplans gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (Bundesgesetzblatt I Seite 3634) festgestellt:

230. Änderung des Flächennutzungsplans im Stadtbezirk Esch/Auweiler,  
Arbeitstitel: "Volkhovener Straße" in Köln-Esch/Auweiler

Der Änderungsbereich wird begrenzt durch Ackerflächen im nordöstlicher Richtung, die bis zur Bundesautobahn BAB 57 in einer Entfernung von circa 200 m reichen. Die Volkhovener Straße bildet den südlichen Fluchtpunkt des dreieckförmigen Änderungsgebietes. Die Volkhovener Straße selbst geht in östlicher Richtung zur freien Landschaft in einen Feldweg über. Südlich der Volkhovener Straße liegt die Wohnsiedlung "Am Kölner Weg", eine zweigeschossige Reihenhausbebauung am Siedlungsrand. Südwestlich schließt zunächst ein noch unbebautes Areal – derzeit landwirtschaftlich genutzt – an das Änderungsgebiet. Die daran anschließende Bebauung im Dreieck zwischen Weilerstraße und Volkhovener Straße geht auf eine ehemalige Gutsanlage zurück.

Mit Antrag vom 27.09.2023 wurde der Bezirksregierung Köln die 230. Flächen-nutzungsplan-Änderung zur Genehmigung nach § 6 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch vorgelegt. Die Bezirksregierung Köln erteilte mit Schreiben vom 15.11.2023 die Genehmigung für diese Änderung.

Mit dieser Bekanntmachung, die an die Stelle der sonst für Satzungen vorgeschriebenen Veröffentlichung tritt, wird die 230. Änderung des FNP wirksam.

Die 230. Änderung einschließlich der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung liegt mit dem Wirksamwerden dieser Bekanntmachung, das heißt, mit dem Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Köln, beim Stadtplanungsamt der Stadt Köln, Stadthaus, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln während der allgemeinen Öffnungszeiten des Stadtplanungsamtes (s. unter [https://www.stadt-koeln.de/service/adressen/stadtplanungsamt?cnw\\_autotranslate=de](https://www.stadt-koeln.de/service/adressen/stadtplanungsamt?cnw_autotranslate=de)) zur dauernden Einsichtnahme bereit. Um eine vorherige Terminvereinbarung unter der Emailadresse [fnp@stadt-koeln.de](mailto:fnp@stadt-koeln.de) oder der Telefonnummer 0221/221-23960 wird höflich gebeten.

**Hinweis auf Beachtlichkeit der Verletzung von Vorschriften über die Aufstellung des Flächennutzungsplans und der Satzungen nach § 214 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (Bundesgesetzblatt I Seite 3634) in der bei Erlass der Satzung geltenden Fassung**

§ 215 Abs. 1 BauGB lautet:

„Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Absatz 2a beachtlich sind.“

**Hinweis auf die Rechtsfolgen nach § 7 Absatz 6 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Seite 666) in der bei Erlass der Satzung geltenden Fassung**

§ 7 Absatz 6 Satz 1 Gemeindeordnung lautet:

"Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder

- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt."

Köln, den 26. Januar 2024

Die Oberbürgermeisterin  
gez. Henriette Reker

